

Antrag Nr.: 0097/2010/AN
Antragsteller: Aus der Mitte des Gemeinderates
Antragsdatum: 29.11.2010

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat II, Amt für Liegenschaften

Beteiligung:

Dezernat II, Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH

Betreff:

Resolution zur Zukunft der Städtebauförderung

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Dezember 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	21.12.2010	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 21.12.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.12.2010

23 Resolution zur Zukunft der Städtebauförderung Antrag 0097/2010/AN

Der Oberbürgermeister erklärt, die Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg (STEG Stadtentwicklung GmbH) habe am 08.12.2010 mitgeteilt, dass der Koalitionsausschuss der CDU/FDP beschlossen hat, die Städtebaufördermittel des Landes für das Jahr 2011 um 14 Mio. € gegenüber dem ursprünglichen Ansatz zu erhöhen.

Damit wird die Kürzung der Bundesmittel für das Land (-7 Mio. € => -15 %) überkompensiert.

Der Antrag zur Resolution ist damit überholt.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Antrag wurde abschließend behandelt

Abbildung des Antrages:

Antrag aus der Mitte des Gemeinderates

Der Gemeinderat möge folgende Resolution beschließen:

Resolution zur Zukunft der Städtebauförderung

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg unterstützt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Städtebaufördermittel sowie des Programms „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nicht wie geplant zu kürzen. Angesichts ihrer vielfachen Impuls- und Multiplikationswirkung leisten die Städtebauförderung und die Förderprogramme der KfW einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltfreundlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden.

Deshalb appelliert der Gemeinderat der Stadt Heidelberg auch an die Landesregierung Baden-Württemberg, die Finanzhilfen des Landes auf das Altniveau vergangener Jahre aufzustocken, und damit ein deutliches Signal zu senden.

Städtebauförderung muss eine strukturelle und entwicklungspolitische Daueraufgabe des Landes, der Städte und Gemeinden bleiben, flankiert von entsprechenden Bundesmitteln.

Begründung

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 9. Juni 2010 angekündigt, die Städtebauförderung des Bundes gegenüber dem ursprünglich für 2011 vorgesehenen Ansatz zu halbieren, was negative Auswirkungen für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen würde. Das Programm „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ der KfW soll von 1,35 Mrd Euro auf 437 Mio Euro noch drastischer gekürzt werden.

Der Deutsche Städtetag hebt in seiner Stellungnahme gegen die geplante Kürzung der Bundesfinanzhilfen zur Städtebauförderung vor allem hervor, dass diese Kürzung schädlich wäre, da mit einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Aufträgen an die heimische Wirtschaft, die direkt oder indirekt von geförderten Maßnahmen der Stadterneuerung ausgelöst werden, ein stimulierender Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden geleistet würde.

Die Kürzungen bei den KfW-Förderprogrammen schaden dem Klimaschutz und dem Handwerk. Weniger Altbausanierung bedeutet weniger Aufträge für das Handwerk und mehr Kosten für Hausbesitzer und Mieter sowie mehr CO₂ in der Luft. Wir brauchen in der Region und in Deutschland eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote im Altbaubestand.

Da aufgrund der angespannten Haushaltslage eine Kompensierung der ausfallenden Bundesmittel für Länder und Kommunen unmöglich wäre, wendet sich die Resolution gegen die vorgesehen Kürzung und appelliert an die Landesregierung, die vorgesehenen Landesfinanzhilfen mindestens in der geplanten Höhe zu erhalten.

**gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E,
gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd**